



**IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

An die  
lokalen Medien

10.03.05

Luftqualität in Dortmund: Ende der Schonzeit für Russpartikel  
Mobilfunk: GRÜNE unterstützen Mobilfunkgegner

## **Presseerklärung**

### **Luftqualität in Dortmund**

Bereits am 27.09.1996 – also vor etwas weniger als 10 Jahren – hat der Europäische Rat die "Luftqualitätsrahmenrichtlinie (96/62/EG)" verabschiedet. Mit langen Übergangsfristen sind die Grenzwerte für Feinstäube zum 01.01.05 in Kraft getreten. Mit dem 01.01.2010 werden die aktuellen Regelungen noch verschärft. Der Grenzwert des Tages-Mittels darf zukünftig nur noch an 7 statt an jetzt noch 35 Tagen pro Jahr überschritten werden. Zu diesem Zeitpunkt treten auch Grenzwerte für Stickoxide in Kraft.

Der Anteil des Straßenverkehrs an der Feinstaubbelastung ist ebenso wie die damit verbundene Gesundheitsbelastung unbestritten. Die Konzentration ultrafeiner Staubpartikel steigt an den Werktagen an den städtischen Hauptverkehrsstraßen auf rund 40 Prozent höhere Werte als an den Wochenenden.

Im Fokus der Dortmunder Debatte steht derzeit die Brackeler Straße. An anderen Hauptverkehrsstraßen im Dortmunder Stadtgebiet wie z. B. an der Bundesstraße 1, der gesamten Hellweg-Achse oder an der Steinstraße stellen sich die Anwohnerinnen und Anwohner derzeit die Frage, ob auch ihr Wohnumfeld in gleicher Weise belastet ist.



## IM RATHAUS

Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund

Politik und Verwaltung müssen jetzt zielgerichtet handeln:

- Wir brauchen ein Konzept für die gesamtstädtische Reduzierung des Kraftfahrzeugverkehrs, zumal die neusten Verkehrszahlen zeigen, dass die Anzahl der kurzen Wege, die mit dem KFZ zurückgelegt werden, zugenommen hat.. Ein erster Schritt ist die stadtweite Erfassung unterschiedlicher Belastungszonen auf der Grundlage von Messungen und Berechnungen.
- Wir brauchen nicht nur einen LKW-Plan, sondern auch ein gesamtstädtisches Konzept zur Reduzierung des LKW-Verkehrs. Die B1 muss dabei besonders in den Blick genommen werden.
- Wir müssen diskutieren, ob wir im Dortmunder Stadtgebiet so genannte "Low-Emission-Zones" ausweisen. Die rechtlichen Grundlagen bestehen, um mit dem Straßenverkehrsrecht kurzfristig besonders schadstoffarme Kraftfahrzeuge verkehrsmäßig zu bevorzugen, um die Luftqualität zu verbessern.
- Die Dortmunder Stadtwerke müssen ihre Busflotte konsequent mit dem Dieselfussfilter nachrüsten. Hierfür gibt es seit dem 1.1.2005 im Rahmen der Fahrzeugförderung für den ÖPNV einen 80-%igen Zuschuss seitens des Landes.
- Die Stadt Dortmund und sämtliche städtischen Töchter müssen im Rahmen des Beschaffungswesens den Dieselfussfilter zur Pflicht in den Vergabeausschreibungen machen - oder besser noch die Beschaffung des städtischen Fuhrparks konsequent auf Erdgas- und andere ökologisch verträgliche Fahrzeuge umstellen.

Alle aufgezeigten Möglichkeiten liegen im städtischen Instrumentenkoffer. Unabhängig davon brauchen wir aber dringend eine steuerliche Förderung des Dieselfussfilters bei der Neuanschaffung und der Nachrüstung für Diesel-PKW. "Kein Diesel ohne Filter", diese Aktion der Umweltverbände hat die Unterstützung des ADAC gefunden. Die Widerstände gegen eine solche Regelung – die von den GRÜNEN im Bund und im Land nachdrücklich gefordert wird – müssen rasch ein Ende finden.

Und wir brauchen auf europäischer Ebene neue und schärfere Grenzwerte insbesondere für LKW. Das Umweltbundesamt fordert hierzu die EURO-6-Norm, die die Russpartikelbelastung auf ein Zehntel der EURO-5-Norm reduziert.

Die Forcierung dieser Prozesse ist auch in ökonomischer Hinsicht vorteilhaft: Im sauerländischen Menden sitzt beispielsweise die Firma HJS, die "Weltmarktführer" für Dieselfussfilter ist. Das neueste Produkt der Firma HJS – ein Russfilter aus Metall, der seltener gereinigt werden muss – hat im Jahr 2003 den Umweltpreis der Bundesstiftung Umwelt erhalten.



## **IM RATHAUS**

**Bündnis90/Die Grünen, Friedensplatz 1, 44122 Dortmund**

### **Mobilfunk in Dortmund**

Der so genannte Dortmunder Weg, der eine Selbstverpflichtung der Mobilfunkbetreiber zur Berücksichtigung besonders sensibler Zonen in der Nähe von Schulen, Kindergärten, Krankenhäusern und Altenheimen vorsieht, ist in Brechten vorerst gescheitert. Vodafone setzt sich über die Bedenken der EinwohnerInnen, die mit 1.500 Unterschriften gegen die Anlagen protestieren, ebenso hinweg wie über den Protest der Bezirksvertretung. Da es aus bauordnungsrechtlicher Sicht keine Möglichkeit gibt, den Betreiber zu stoppen, müssen andere Wege beschritten werden, die deutlich machen, dass die schutzwürdigen Interessen zu wahren sind. Die Mobilfunkgegner weisen völlig zu recht darauf hin, dass jenseits aller Diskussionen über Grenzwerte die langfristigen Folgen der zusätzlichen elektromagnetischen Felder nicht eingeschätzt werden können. Insofern ist es absolut notwendig, Kinder und Menschen, die aufgrund einer Erkrankung oder ihres Alters geschwächt sind, im Sinne der Gesundheitsvorsorge vor direkten Belastungen zu schützen.

BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN werden Vodafone öffentlich auffordern, den Dortmunder Weg in allen Stadtbezirken strikt einzuhalten und entsprechende Standortverlagerungen vorzunehmen. Es muss im Interesse von Vodafone sein, das Image nicht zugunsten anderer Betreiber zu verschlechtern. Die wirtschaftlichen Folgen eines Negativimages und gegebenenfalls eines Boykotts verärgelter KonsumentInnen, sollten angesichts der Konkurrenz, die bereit ist, sich an die Dortmunder Vereinbarungen zu halten, nicht unterschätzt werden.

Wir werden darüber hinaus eine Anschlussveranstaltung zu unserer ersten gut besuchten Veranstaltung im Rathaus organisieren und Vertreter von Vodafone sowie die Brechtener BürgerInnen einladen, um den öffentlichen Druck deutlich zu verstärken und die Brechtener Belange zu gesamtstädtischen zu machen.